

## **Villmergen und der lange Weg zum religiösen Frieden**

Vortrag von Wolf Linder an der Villmerger Gedenkfeier vom 11. August 2012.

Meine Damen und Herren,

Es gibt legitime Gründe, eine Schlacht zu feiern, so etwa die Ehrerweisung an gefallene Soldaten, oder die Erinnerung an einen militärischen Sieg. Nur, die Soldaten, die in Villmergen ihr Leben liessen, sind schon sehr lange tot, und der Sieg Berns und Zürichs war zwiespältig. Historiker sind sich einig darin, dass die Villmerger Schlacht die Zerwürfnisse zwischen katholischen und reformierten Orten nicht gelöst hat. Im Gegenteil: Der Religionskonflikt schwelte weiter und schwächte die alte Eidgenossenschaft, die mit dem Franzoseneinfall 1798 wie ein Kartenhaus zusammenfiel. Was also feiern wir? Was kann uns Villmergen hier und heute bedeuten?

Zunächst verweist dieser Ort auf einen der heftigsten Konflikte, von denen unsere eigene Geschichte geprägt ist, nämlich den Religionskonflikt. Was hier vor 300 Jahren stattfand, war eine gewaltsame Auseinandersetzung zwischen katholischen und reformierten Orten mit über 3000 Toten, und damit ein Bürgerkrieg zwischen verbündeten Eidgenossen. Sodann war Villmergen nicht der einzige Krieg zwischen Katholiken und Protestanten in unserem Land. 1529 und 1531 fanden die Kappeler Kriege statt, 1656 der erste Villmerger Krieg. Und selbst der modernen Staatsgründung von 1848 ging nochmals eine gewaltsame Auseinandersetzung zwischen katholischen und protestantischen Kantonen voraus, nämlich der Sonderbundskrieg. Der Mythos friedlicher Eidgenossen, die nach getaner Kappeler-Schlacht gemeinsam die Milchsuppe aus dem grossen Kessel essen, verhüllt die Tatsache, dass unsere Vorfahren während mehr als drei Jahrhunderten um die wirtschaftlich-politische Vorherrschaft stritten. Und ihre Kriege fanden unter der Fahne des Konflikts zwischen reformierten und katholischen Ständen statt.

Mit der demokratischen Verfassung von 1848 wurde der Konflikt zwischen Protestanten und Katholiken auf friedliche Bahnen gelenkt. Doch der Gegensatz zwischen den Konfessionen setzte sich als eine tiefe gesellschaftliche Spaltung fort. Er prägte die Politik des jungen Bundesstaats. Die Katholiken zogen sich in ihre Kantone zurück und galten politisch als wenig zuverlässig: Als „Ultramontane“ wurden sie bezeichnet, denn sie hielten es mehr mit dem Papst in Rom als mit Bern, wenn es um die alten Vorrechte

der Kirche in Gesellschaft und Staat ging. So hielt es denn der laizistische Freisinn für notwendig, Ausnahmekartikel wie das Jesuiten- und das Klösterverbot in die Verfassung von 1874 aufzunehmen. Es kam die Zeit des Kulturkampfes, der die Schweiz in eine katholische und in eine protestantische Gesellschaft teilte und bis weit in das 20. Jahrhundert nachwirkte. Selbst in einem sog. Kulturkampfkanton aufgewachsen, erinnere ich mich an meine Kindheit in den 1950er Jahren. In St. Gallen gab es neben der städtischen die katholische Sekundarschule, neben der Kantonbank eine Bank der katholischen Administration. Meine Eltern schickten mich zum katholischen Metzger und Bäcker. Dass ich in die katholische Pfadi ging, war selbstverständlich, und wir hatten Raufereien mit den Protestantischen. Diese provozierten uns mit ihren Rufen „Kathole-Rossbole“, und wir schrien zurück: „Reformiert-Hoseverschmiert“.

Diese Aufteilung der Schweiz in eine katholische und reformierte Gesellschaft können wir uns heute kaum mehr vorstellen. Aber sie war noch vor 50 Jahren Realität. Das dokumentiert die lange Dauer und die Hartnäckigkeit des konfessionellen Konflikts. Gleicher Glaube bringt Menschen zusammen, ungleiche Religion trennt sie, und beides wird von der Politik genutzt. In der Schweiz markierte die konfessionelle Teilung gleichzeitig die wirtschaftlichen Interessengegensätze von Stadt und Land, sowie die sozialen Unterschiede zwischen einer modernen Industriegesellschaft und einer konservativen Solidargemeinschaft. Als Instrument der Mobilisierung blieb der Konfessionsstreit - in der Hand der Politik - das Deckblatt für einen Grossteil gesellschaftlicher Machtansprüche und Interessengegensätze, und dies bis weit ins letzte Jahrhundert hinein. Ein Blick über unser Land hinaus zeigt, dass auch heute noch viele politische Konflikte im Namen der Religion ausgetragen werden, und sie gehören zu den schwierigsten und unlösbarsten. Denken Sie an Nordirland mit seinem jahrzehntelangen Bürgerkrieg, denken Sie an die Auseinandersetzungen in islamischen Ländern zwischen Anhängern eines laizistischen oder eines Gottesstaats, denken Sie aber auch an die Landnahme Israels in Palästina im Namen des auserwählten Volkes.

So ist es alles andere als selbstverständlich, dass die konfessionelle Spaltung in der Schweiz in friedliche Bahnen gelenkt und überwunden werden konnte. Die Gründe für diese glückliche Wendung sind vielfältig. Die moderne Wirtschaft fragt nicht, ob das Geld protestantischer oder katholischer Herkunft ist, sondern ob sich die Investition rentiert. Staatliche Sozialpolitik mildert die wirtschaftliche Ungleichheit. Erst dies ermöglicht, dass Religion politisch weniger wichtig und der Glaube zur Privatsache wird. Dass der

Konfessionskonflikt in der Schweiz auskühlen konnte, verdanken wir aber vorab unsern politischen Institutionen und der Politik der Machtteilung. Diese Machtteilung beruht auf zwei Pfeilern. Der erste ist der Föderalismus. Die Verfassung von 1848 war ein Kompromiss zwischen Gegnern und Befürwortern des neuen Staats. Sie gewährte dem Kleinkanton Uri im Ständerat das gleiche Stimmengewicht wie dem grossen Zürich. Das gab den kleinen, eher ländlichen und katholischen Kantonen einen überproportionalen Einfluss und korrigierte die Mehrheitspolitik des Nationalrats von Anfang an. Sodann wurden dem Bund 1848 nur wenige Aufgaben übertragen. Die meisten Machtbefugnisse blieben bei den Kantonen. Das liess den katholischen Ständen viele Freiheiten und gab ihnen auch Zeit, sich auf die neue Epoche des laizistischen Staates einzustellen. Zu dieser vertikalen Machtteilung gesellte sich der zweite Pfeiler, die horizontale Machtteilung. 1891 wurde mit Josef Zemp der erste Vertreter der Katholisch-Konservativen in den vorher rein freisinnigen Bundesrat gewählt. Das markierte den Beginn der Machtteilung zwischen den Lagern des vornehmlich protestantischen Freisinns und der Partei der Katholiken. Sie führte zur gegenseitigen Anerkennung, zum Ausgleich und zur Verständigung. Politische Machtteilung sowie die politische Integration der Katholisch-Konservativen in den freisinnigen Staat waren die Basis dafür, dass der konfessionelle Konflikt auskühlen konnte.

Nun bildete die konfessionelle Spaltung zwar nicht den einzigen gesellschaftlichen Konflikt. Von 1848 bis heute ist die Schweiz geprägt vom Stadt-Land-Gegensatz, vom sozialen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, und von kultureller Verschiedenheit zwischen Latins und deutschsprachiger Mehrheit. Aber auch diese Gegensätze wurden durch den Föderalismus und durch jene proportionale Machtteilung zwischen den politischen Parteien gemildert, die wir heute Konkordanz nennen. Vor Jahrzehnten bezeichnete deshalb der deutsch-amerikanische Soziologe Karl Deutsch die Schweiz als einen „paradigmatischen Fall politischer Integration“. Er meinte damit, dass es 1848 eigentlich noch gar keine schweizerische Gesellschaft gab. Erst den politischen Institutionen und der Politik der Machtteilung sei zu verdanken, wenn aus den Völkern der Kantone, wie es in der Verfassung von 1848 hiess, überhaupt so etwas wie eine schweizerische Gesellschaft entstehen konnte. Und ebenso lang ist der Weg von den kriegerisch-blutigen Auseinandersetzungen von Villmergen bis zum Religionsfrieden von heute. Mit dem Völkerrechtler Walter Kälin möchte ich sagen: Die Schweizer sind

nicht von Natur aus friedlich, sondern sie sind friedlich geworden durch ihre politischen Institutionen.

Es gibt viele Staaten, deren Gesellschaft sich aus unterschiedlichen Kulturen und Religionen, oder mehreren Sprachen zusammensetzt. Die Schweiz jedoch gehört zu den wenigen multikulturellen Ländern, in denen trotz Differenzen von Kultur, Geschichte, Sprache und Religion ein gewaltfreies und friedliches Zusammenleben möglich und inzwischen selbstverständlich geworden ist.

Kein Wunder, dass die Konkordanzdemokratie heute weltweit Aufmerksamkeit erhält. Denn das verbreitete Modell der Mehrheitsdemokratie, bei der eine Partei die ganze Macht im Staat besitzt bis die Opposition ans Ruder kommt, funktioniert nur in kulturell homogenen Ländern, nicht aber in kulturell gespaltenen Gesellschaften. So macht Grossbritannien gute Erfahrungen mit seiner Mehrheitsdemokratie, weil es zu wechselnden Mehrheiten zwischen Labour und Conservatives kommt. Im konfessionell geteilten Nordirland dagegen scheiterte das Modell: Die katholische Minderheit von 30 Prozent hatte nie die Chance, Wahlen gegen die protestantische Mehrheit zu gewinnen und blieb darum dauerhaft von jeder Macht ausgeschlossen. Erst die politische Machtteilung in einer Koalitionsregierung zwischen Unionisten und Sinn Fein machte die Überwindung der religiösen Spaltung chancenreich. Hier, aber auch in Ländern wie Südafrika oder Indien erweist sich jene Konsensdemokratie, die wir Konkordanz nennen, als ein Gegenmodell zur Mehrheitsdemokratie: Konsensdemokratie bietet bessere Chancen der Konfliktlösung in multikulturellen Gesellschaften.

In jüngster Zeit freilich hat das Bild der Schweiz als erfolgreiches multikulturelles Experiment einige Risse bekommen. 2009 wurde die Minarett-Initiative von Volk und Ständen angenommen. Dieser Verfassungszusatz verbietet der muslimischen Glaubensgemeinschaft - und nur dieser -, Gotteshäuser nach eigener Tradition zu errichten. Insofern wird eine religiöse Minderheit offen diskriminiert, so wie seinerzeit die Katholiken durch das Klösterverbot. Das Minarettverbot zeigt uns, wie verletzlich der Religionsfriede ist. Wir wissen allerdings, dass die Initiative ein Stück weit als Abrechnung für ganz anderes zu verstehen war: Sie richtete sich gegen die stets wachsende Zuwanderung mit all ihren sozialen und wirtschaftlichen Problemen und kulturellen Konflikten. Und hier finden wir eine Konstante zu Villmergen 1712: Damals wie heute stand zwar ein Religionskonflikt im Vordergrund, aber damals wie heute

finden wir ungelöste soziale und wirtschaftliche Fragen sowie politische Interessen als handfesten Hintergrund.

Was lernen wir daraus für die Integration von ausländischen Zuwanderern, die mittlerweile 22 Prozent der Wohnbevölkerung ausmachen? Das Thema beschäftigt uns seit 50 Jahren, und viele der Probleme sind mittlerweile nicht gelöst, sondern eher grösser geworden. Dazu gehört, dass wir heute – bezogen auf die Bevölkerungsgrösse – mehr Einwanderung zu bewältigen haben als klassische Einwanderungsländer wie Kanada oder Australien. Jene Partei, welche die negativen Folgen der Einwanderung in den letzten 20 Jahren aufgegriffen hat, ist zur grössten Partei geworden – ein Anzeichen dafür, dass sie mehr als die andern Parteien oder das SECO spürt, wo das Volk der Schuh drückt. Die Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte sind nicht leicht aufzuholen. Denn Föderalismus und Konkordanz, die den Minderheiten der Romands und der Tessiner, den Katholiken, oder der Linken die politische Integration gestattet haben, helfen den Ausländergruppen nicht. Diese haben kein Stimmrecht, sind als Nicht-Schweizer in den wenigsten Behörden vertreten und haben darum keinen direkten Einfluss auf die Politik.

Das multikulturelle Experiment Schweiz ist heute vor grössere Herausforderungen gestellt als in der Vergangenheit. Wird es darum scheitern? Ich glaube das nicht. Denn neben Schwierigkeiten gibt es auch nachhaltige Erfolge in der Ausländerintegration. So zeigen Statistiken der OECD, dass Secondos in der Schweiz weit weniger benachteiligt sind als in andern Ländern, wenn es um Zugang zur Berufsausbildung geht, und dass sie auch punkto Arbeitslosigkeit weniger benachteiligt sind als anderswo.

Ausländerintegration findet unten statt, auf Ebene der Gemeinden. Etwa dort, wo ungezählte Lehrerinnen offensichtlich einen guten Job machen in ihren vielsprachigen Schulklassen. Gleiches gilt für die Lehrmeister in der Berufsbildung. Und wenn die Shakiris, Mehmedis und Derdiyoks für die Fussball-Nationalmannschaft die Tore schießen, dann nur deshalb, weil auf Tausenden von Fussballfeldern jugendliche Schweizer, Türken und Albaner zusammen und nach den gleichen Regeln spielen. Ich würde darum behaupten, die Schweiz ist ausgesprochen integrationsfreundlich. Das hat zwei Gründe: Erstens, die hohe Autonomie der Gemeinden in unserem Föderalismus. Sie lässt die lokalen Behörden und viele Berufsleute auch in der Integrationspolitik direkt und kompetent handeln. Zweitens: die Zivilgesellschaft mit ihren Sportvereinen und

kulturellen Organisationen. Ihr grosses Engagement, vor allem für die Jugendlichen, ist für die Ausländerintegration von herausragender Bedeutung.

Stimmt meine Behauptung einer integrationsfreundlichen Schweiz, so müsste sie wohl auch für das Verhältnis zu unserer islamischen Minderheit gelten. Wäre es möglich, dass das Minarettverbot eines Tages wieder aus der Verfassung gestrichen wird, so wie das Klösterverbot aus dem Jahre 1874?

Aus der Geschichte des Kulturkampfes lässt sich immerhin eine Lehre ziehen. Katholiken waren lange Zeit stigmatisiert als politisch unzuverlässige „Ultramontane“. Die Überwindung dieser öffentlichen Zuschreibung und Stigmatisierung gelang erst, nachdem die Katholisch-Konservativen auf die Konfrontation mit dem laizistischen Bundesstaat verzichteten und die neue politische Ordnung glaubwürdig akzeptierten. Parallelen zur heutigen Situation der Muslime in der Schweiz sind nicht zu übersehen. Im Gegensatz zu anderen Religionen erfährt der Islam seit den Anschlägen in New York im September 2001 durch Medien und in der öffentlichen Diskussion überwiegend negative Zuschreibungen. Solche gipfelten etwa im Abstimmungskampf um die Minarettinitiative mit der Behauptung einer „schleichenden Islamisierung“ der Schweiz. Dabei sind militante Islamisten eine verschwindende Minderheit, und die meisten der 350'000 Muslime in der Schweiz anerkennen unseren Rechtsstaat und unsere Demokratie vorbehaltlos.

Die Überwindung des Misstrauens wird Zeit brauchen und fordert alle Beteiligten. Der Staat hat sich darauf zu beschränken, was er von allen Einwanderern verlangt, nämlich: dass sie die Rechtsordnung als verbindlich anerkennen und ihre persönlichen Rechte und Pflichten kennen, dass sie eine Landessprache erlernen, sich für die Erwerbsarbeit befähigen und sich in den Arbeitsprozess integrieren. Von den Muslimen in der Schweiz ist zu erwarten, dass ihre Organisationen sich bemühen, das verzerrte öffentliche Bild islamischer Kultur und Religion zurechtzurücken. Und zwar an Hand von ganz konkreten Vorgängen, etwa, indem sie sich von den Praktiken der Zwangsverheiratung distanzieren oder Jugendliche zu gewaltloser Auseinandersetzung befähigen. Von uns Schweizern und Schweizerinnen erwarte ich ein wachsendes Verständnis dafür, dass die wenigsten Reibungspunkte mit Ausländern echt religiöser Natur sind. Das Problem liegt vielmehr darin, dass in vorindustriellen Ländern die Familie und die Religion viele Solidaraufgaben erfüllen, die bei uns der Sozialstaat mit seinen Leistungen erbringt.

Einwanderer aus ärmeren Ländern – nicht nur muslimischen - müssen mit dem kulturellen Gegensatz klar kommen, dass bei uns andere Rechte und Pflichten gelten, die vom Staat, und nicht mehr von Religion und Familie bestimmt werden. Das mussten und konnten die Katholiken im einstigen Kulturkampf lernen; die Einwanderer aus vorindustriellen Gesellschaften werden es heute lernen.

Ich schliesse mit einer Bemerkung zu den politischen Parteien. Diese sollten sich daran erinnern lassen, wie gefährlich es ist, soziale Konflikte des Zusammenlebens als einen Religionskonflikt zu konstruieren. Das erfuhren schon die alten Eidgenossen. Heute bereitet das multikulturelle Zusammenleben im Einwanderungsland Schweiz einem Grossteil der Bevölkerung mehr Schwierigkeiten als Spass. Eine echte Bereicherung ist es wohl nur für eine Minderheit. Dennoch bleibt dieses Zusammenleben eine Herausforderung, eine, die wir nicht frei wählen können, sondern hinnehmen und gemeinsam bewältigen müssen. Die Einwanderung und ihre Folgeprobleme auf einen Religionskonflikt zuzuspitzen, ist ein Spiel mit dem Feuer, das die darunterliegenden Wirtschafts- und Sozialkonflikte nicht löst, aber das kostbare Gut des Religionsfriedens gefährdet.